

11
08.02.2011
Thorsten Metter
Spielhallengesetz

Spielhallengesetz: Wichtiger Schritt gegen Spielhallenflut – Berlin bundesweit Vorreiter

Der Berliner Senat hat heute einen Entwurf für ein Spielhallengesetz beschlossen, der nach der Behandlung durch den Rat der Bürgermeister ins Abgeordnetenhaus eingebracht wird. Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Michael Müller** und der Vorsitzende des Arbeitskreises Stadtentwicklung, **Daniel Buchholz**, halten dieses Gesetz für einen wichtigen Schritt zur Eindämmung der Spielhallenflut in Berlin.

„Die Zahl der Spielhallen nimmt in den letzten Jahren in fast ganz Deutschland explosionsartig zu. Ein Ende ist nicht abzusehen. Berlin ist das erste Bundesland, das gegen diese fatale Entwicklung entschieden vorgeht. Wir wollen die Spielhallenflut stoppen, die den traditionellen Einzelhandel verdrängt und Kieze zerstört. Bereits zum 1. Januar 2011 haben wir die Steuer auf Geldgewinnspielgeräte drastisch von 11 auf 20 Prozent angehoben. Die SPD-Fraktion hat ein umfassendes Gesamtkonzept zur Eindämmung von Spielhallen und Spielsucht im Abgeordnetenhaus auf den Weg gebracht. Mit dem jetzt im Senat verabschiedeten Entwurf für ein Spielhallengesetz werden wesentliche Bestandteile davon in Gesetzesform gebracht“, so **Michael Müller**.

Daniel Buchholz ergänzt: "Mit dem Landesspielhallengesetz wird ein Mindestabstand zwischen zwei Spielhallen festgelegt. Außerdem soll nur noch eine Spielhalle pro Gebäude erlaubt sein. Pro Spielhalle soll die maximal erlaubte Zahl der Automaten von 12 auf 8 reduziert werden. Außerdem sollen zukünftig strenge Anforderungen für Betreiber und Personal gelten. Eine weitere Neuerung ist die Begrenzung der Öffnungszeiten. Bisher dürfen die Spielhallen praktisch rund um die Uhr geöffnet sein, zukünftig müssen sie acht Stunden – von 3 bis 11 Uhr morgens – schließen.

Im Gegensatz zum jetzt vorgelegten Gesetzentwurf ist der von der CDU im September 2010 vorgelegte Entwurf für ein Spielhallengesetz mit heißer Nadel gestrickt und rechtlich unzureichend. Problematisch ist insbesondere die Rückwirkung auf bestehende Spielhallen, die zwar politisch wünschenswert ist, aber umgehend von Gerichten kassiert werden dürfte. Auch bei den Inhalten schwankt die CDU mächtig. Mit ihrem Antrag wollte sie die Anzahl der Automaten pro Spielhalle zunächst von 12 auf 25 mehr als verdoppeln. Erst nach Protesten hat sie den eigenen Antrag geändert und will jetzt bei den bisher gültigen 12 bleiben. Das Berliner Spielhallengesetz werden wir bis zum Sommer diesen Jahres im Abgeordnetenhaus beschließen und damit das erste Bundesland mit einem solchen Gesetz sein."

Als weiteren Baustein verfolgt die SPD-Fraktion eine Bundesratsinitiative zur Änderung der Baunutzungsverordnung. „Aus schleierhaften Gründen verweigert sich die CDU auch dieser Initiative. Sie fällt damit ihren eigenen CDU-Baustadträten in den Rücken, die händeringend ein Instrument fordern, um Spielhallen mit bezirklichen Bebauungsplänen verhindern zu können“, so Buchholz abschließend.